

## Interessengemeinschaft WerkFAIRträge

# „Ich arbeite hier nur, ich weiß nicht, wo ich wohne“

*Inge Bultschnieder initiierte 2013 die Interessengemeinschaft für faire Lebens- und Arbeitsbedingungen für Werkvertragsarbeiter\_innen in Rheda-Wiedenbrück und Umgebung“. Mit ihren Beratungs- und Unterstützungsangeboten will die „IG WerkFAIRträge“ die Arbeits- und Lebensverhältnisse der rund 3.500 Menschen verbessern, die von Werkvertragsfirmen im Fleischwerk Tönnies eingesetzt werden.*

### G.I.B.: Frau Bultschnieder, was hat Sie 2013 dazu veranlasst, die Interessengemeinschaft WerkFAIRträge zu initiieren?

**Inge Bultschnieder:** Ich hatte im Krankenhaus eine Bulgarin namens Katya kennengelernt. Unter ihrem Bett lagen eine weiße Hose mit Blutrand gesäumt und weiße Gummischuhe, ein untrügliches Zeichen dafür, dass sie bei Tönnies arbeitete bzw. bei einer Werkvertragsfirma im Fleischwerk Tönnies angestellt war. Ihre Schilderung von untragbaren Zuständen in der Firma hat mich zutiefst getroffen. Sie erzählte mir von dem enormen Arbeitsdruck und davon, dass Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften nicht beachtet wurden. Wer krank wurde, flog raus und das bei Niedrigstlöhnen. Ich habe Katya später in ihrer Unterkunft besucht. Die Behausung war fürchterlich, schimmelig und nass. Später habe ich mir auch die Unterkünfte anderer Werkvertragsarbeiter der Firma Tönnies angesehen – erschreckend! Da lebten 15 Personen zusammengepfercht in einer kleinen Wohnung, die Gemeinschaftstoilette befand sich auf dem Flur.

Weil ich zur selben Zeit einen Fernsehbericht über die schlimmen Zustände bei Amazon gesehen hatte, habe ich den WDR schriftlich gebeten, sich einmal die Lage von Werkarbeitern bei uns vor Ort anzusehen. Tatsächlich sagte der WDR zu, ein Team für Fernsehaufnahmen vorbeizuschicken.

Kurz darauf war Katya in der Firma zusammengebrochen, wurde wieder ins Krankenhaus geschickt und hat dann ihren Job verloren. Weil sie sonst auf der Straße gestanden hätte, habe ich sie bei mir aufgenommen. Obwohl Katya keine Krankenversicherung hatte, bin ich mit ihr zu einer Ärztin gefahren. Ich habe ihr den Fall geschildert. Sie sagte: „Ich bin jahrelang Notarztwagen gefahren, ich weiß, was da abgeht. Am liebsten würde ich das alles einmal öffentlich machen.“

Dieser Film von „Exklusiv“ ist noch heute auf YouTube zu sehen: „Deutschlands neue Slums. Die Idee, eine Interessengemeinschaft zu gründen, kam mir kurze Zeit später bei der Lektüre eines Artikels über Werkverträge in einer Kirchenzeitung. Da schrieb der Erzbischof Robert Zollitsch sinngemäß: „Wer gegen diese Zustände aufbegehrt, kann sich sicher sein, die Kirche als Verbündete zu haben.“ Wenige Tage später habe ich auf dem Pfarrgemeindefest zu einer Versammlung gegen die Ausbeutung von Werkvertragsarbeitern aufgerufen. Da kamen gleich 25 Personen. Auch die Presse war aufmerksam geworden sowie ein Mitarbeiter vom Migrationsamt der Stadt. Unsere erste Demonstration starteten wir an verschiedenen Kirchen. Von dort aus führte sie uns sternförmig zum Tönnies-Werk. 200 Leute haben mitdemonstriert – für eine Stadt wie Rheda-Wiedenbrück mit 50.000 Einwohnern eine beachtliche Zahl.

Damit wollten wir die Bevölkerung wachrütteln und auf die Zustände aufmerksam machen. Gleichzeitig ging es uns um eine Art „Erste Hilfe“ an den Werkvertragsarbeitern, so wie ich damals Katya aufgenommen hatte. Seit August letzten Jahres betreuen wir zum Beispiel eine rumänische Werkvertragsarbeiterin, die ihr Kind ausgesetzt hat. Sie lebt jetzt in einer kirchlichen Einrichtung. Wir betreuen sie bis zum Prozess, weil wir eine Verbindung sehen zur Firma Tönnies, wo sie gearbeitet hat. Wir machen also vor allem Einzelfallbetreuung. Aber wir wollen all diesen Menschen auch eine Lobby geben, ihnen den Rücken stärken, bis sie irgendwann selbst die Kraft haben, auf die Straße zu gehen und zu sagen: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“

### G.I.B.: Wie war die Reaktion auf Ihr Engagement, was haben Sie bewirkt?

**Inge Bultschnieder:** Tatsächlich sind in der Folgezeit viele Menschen auf uns zugekommen und haben uns auf Missstände in den Unterkünften von Werkver-



Inge Bultschnieder  
IG WerkFAIRträge

tragsarbeitern hingewiesen. Das haben wir fotografisch dokumentiert. Auch die Stadtverwaltung gab sich zunächst schockiert. Ein runder Tisch wurde ins Leben gerufen, moderiert vom Bürgermeister. Der Runde Tisch sollte dafür sorgen, die Missstände zu beseitigen. Dazu wurde auch der Bürgermeister von Sögel eingeladen, wo Tönnies einen Ableger hat. In Sögel gibt es zwischen dem dortigen Bürgermeister und Tönnies einen Vertrag, der jedoch nur ein paar freiwillige, unverbindliche Vereinbarungen enthält. Unser Bürgermeister sagte damals: Den Sögeler Vertrag übernehmen wir so nicht. Das machen wir anders. Gemacht wurde am Runden Tisch aber bis jetzt herzlich wenig.

Immerhin wurde ein „Arbeitskreis Wohnen“ eingerichtet. Als ich einmal gemeinsam mit einem Vertreter der Stadtverwaltung Wohnungen von Werkvertragsarbeitern ohne Voranmeldung kontrolliert habe, hat er zu mir gesagt: „Sie glauben doch nicht, dass sich das hier so schnell ändern lässt, dafür sind es einfach zu viele. Wo sollen wir die denn alle unterbringen?“ Mit ihm zusammen war ich in einer katastrophal überbelegten Wohnung, die aus baurechtlichen Gründen sofort dicht gemacht werden musste. Als ich ihn später fragte, wo die Leute anschließend untergebracht worden sind, gab es nur ein Achselzucken. Womöglich standen sie jetzt auf der Straße. In einer anderen Wohnung mit höchstens 30 Quadratmetern wohnte ein Ehepaar mit zwei kleinen Kindern in einer Bauruine mit offen herumliegenden Kabeln, einfach lebensgefährlich.

Viele dieser Wohnungen werden von Immobilienmaklern und Subunternehmen vermietet, mitunter gehören sie den Mitgliedern einer Familie. Da spielt dann einer dem anderen die Leute zu. Für die „Wohnungen“ kassieren sie 60 bis 200 Euro pro Bett. Darüber hinaus gibt es aber auch den braven, unbescholtenen Bürger, der sein Haus mit Betten voll packt und auf einmal eine doppelt bis dreimal so hohe Miete kassiert. Auch Tönnies hat eine Immobilienfirma.

Mittlerweile hat die Firma Tönnies eine ehrenamtlich tätige Ombudsfrau ernannt, die jedoch weder durch den runden Tisch noch durch einen Ratsbe-

schluss legitimiert ist. Das ist so, als würde die FIFA sich selbst kontrollieren. Immerhin hat sie sich nach etwa einem halben Jahr auch eine der von uns beanstandeten Wohnungen angesehen. Das hat bewirkt, dass die Wohnung umgehend geschlossen wurde. Das Problem ist: Seit Herr Tönnies eine Ombudsfrau benannt hat, heißt es in der Presse, alles sei auf einem gutem Weg. Das hat viele wachgerüttelte Bürger wieder eingeschlafert.

#### **G.I.B.: Eines der Hauptprobleme scheint die Wohnsituation zu sein. Welche Probleme gibt es noch?**

**Inge Bultschnieder:** Ein anderes Problem ist, dass manche Subunternehmer ihren Beschäftigten die Krankenversicherungskarte nicht aushändigen. In einer der Unterkünfte sagte mir eine Frau, sie müsse dringend zum Arzt, bekomme aber die Karte nicht. Ihrer Abrechnung konnte ich entnehmen, dass sie bei der DAK versichert ist. Ich bin dann zur DAK nach Gütersloh gefahren und habe herausbekommen, dass die Karte zu einem Subunternehmer der Firma Tönnies mit Sitz in Ueckermünde, also in Mecklenburg-Vorpommern, geschickt worden war. Das ist verrückt. Wir sind der Meinung, dass die Krankenversicherungskarte den einzelnen Personen zugestellt werden müsste und nicht an eine Sammeladresse beim Subunternehmer. Dem muss man einen Riegel vorschieben.

Ähnliche Probleme resultieren aus dem „Fremdmelden“, gemeint ist damit die Möglichkeit, dass Personen von Dritten bei der Stadt an- und abgemeldet werden können. Wir kennen Werkvertragsarbeiter, die sind irgendwo gemeldet, wohnen da aber gar nicht, oder sie sind – umgekehrt – abgemeldet, wohnen aber noch hier.

Als ich einmal einen der von uns betreuten Werkvertragsarbeiter aus dem Krankenhaus abgeholt habe, um ihn nach Hause zu fahren, konnten wir seine Wohnung nicht finden. Der Grund: Auf seinem Krankenschein war eine ganz andere Adresse eingetragen als die, wo er tatsächlich wohnte. Als ich ihn fragte, „Wie kann es sein, dass Du nicht weißt, wo Du wohnst?“, sagte er: „Wir werden morgens im Dunkeln mit dem Bully abgeholt und abends im Dunkeln wieder zurückgebracht.“

Ich arbeite hier nur, ich weiß nicht, wo ich wohne.“ Diese Sammelab- und -anmeldeverfahren gibt es auch bei Subunternehmen der Firma Tönnies. Obwohl wir 5.000 Unterschriften gesammelt haben, um das Verfahren zu ändern, wurde der Antrag von der Stadtverwaltung abgelehnt. Aus unserer Sicht wird der Kriminalität hiermit Tür und Tor geöffnet. Rein theoretisch kann heute ein Mensch ermordet werden und morgen melde ich diesen dann einfach ab. Wer vermisst in Deutschland einen alleinstehenden Osteuropäer?

**G.I.B.: Hat sich die Situation verändert, seit es die Selbstverpflichtung der Fleischunternehmen gibt, vertraglich auf deutsche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzustellen?**

**Inge Bultschnieder:** Der Vorteil ist, dass sie so in das deutsche Sozialversicherungssystem eingeführt werden, das ist für sie Riesengewinn. Im Falle eines Rauswurfs können sie z. B. Hartz IV oder Arbeitslosengeld I beantragen.

Tatsächlich haben sich mit Einführung des Mindestlohns auch teilweise die Arbeitszeiten verändert. Einige erzählen, dass sie nicht mehr 12 Stunden am Tag arbeiten, sondern nur noch zehn oder auch acht. Aber die Arbeitsbedingungen haben sich scheinbar nicht verbessert. Da steht immer noch der Vorarbeiter, der sie häufig anschreit. Sie arbeiten immer noch unter hohem psychischem Druck, arbeiten immer mit Angst: Wenn du krank oder schwanger bist, dann fliegst du raus, berichten sie.

Hinzu kommt: Die Arbeitszeiten der Leute sind kaum zu kontrollieren, weil es keine Stempeluhren gibt. Ein Vertreter der Firma Tönnies sagte mir, die kommen ja mit ihrem Chip in die Firma, also wissen wir, wie lange sie arbeiten. Doch als ich einmal eine Frau zur Arbeit gebracht hatte und sie abends wieder abholen wollte, musste ich zwei Stunden warten, bis sie endlich todmüde aus dem Betrieb rauskam. Als ich den Firmenvertreter darauf ansprach, sagte er: So lange habe sie hier nicht gearbeitet, dann sei sie wohl in der Kantine gewesen oder habe irgendwo rumgelungert.

Vollmundige Versprechungen von Herrn Tönnies, Leuten, die wollen, einen festen Arbeitsvertrag anzubieten,

bleiben hohl, denn jeder – das hat auch die Firma Tönnies eingeräumt –, der einen Festvertrag haben will, wird erstmal für sechs Monate gesperrt. Niemand kann direkt vom Subunternehmer zu Tönnies. Aber wie sollen sie hier sechs Monate ohne Einkommen existieren? Andere sagen: Wir haben uns beworben, aber das meldet die Firma Tönnies sofort dem Subunternehmer und der sagt: „Auf Deine Stelle warten schon viele! Tschüss!“, und dann sind sie ihren Job los.

**G.I.B.: Sie sind ja selbst berufstätig. Welche Konsequenzen hat Ihr Engagement für Sie persönlich? Mit welchen Schwierigkeiten haben Sie zu kämpfen?**

**Inge Bultschnieder:** Seit ich mich für die Rechte von Werkvertragsarbeitern einsetze, gibt es einige Personen, die auf Distanz zu mir gehen. Als ich mich für meinen Geschäftsstand im Ort um einen Platz beworben habe, wurde mir sofort gesagt: Wir wünschen hier keinerlei politische Äußerungen.

Das habe ich in den letzten Monaten immer wieder erlebt: Wenn ich mich irgendwo über die Arbeitsbedingungen bei Tönnies informieren will, dann taucht einer auf, der dafür sorgt, dass ich da verschwinde. Die Werkvertragsarbeiter selber sagen mir, in jeder Wohnung sitzt ein Spitzel der Subunternehmer, und sie bekämen Probleme, wenn sie mich reinließen.

Vor allem von den Subunternehmen werden uns immer wieder Steine in den Weg gelegt, sodass es viel schwerer geworden ist, an die Leute heranzukommen. Selbst der Betriebsratsvorsitzende der Firma Tönnies hat mir mal in einer der Unterkünfte das Fotografieren verboten.

Man muss wissen: Tönnies sponsert in unserer Stadt ziemlich viel. Vor gut einem Jahr hat die Firma am Runden Tisch der Stadt 125.000 Euro für Integrationsaufgaben zugesagt. Von einem Teil des Geldes wird jetzt eine Studie des „imap“ finanziert. Eine Willkommensagentur wurde ebenfalls eingerichtet. Inwieweit die mit dem Geld von Tönnies unabhängig sein können, ist fraglich. Etliche zusätzliche Stellen, aber die Gewerkschaft NGG, die das notwendige Know-how mitbringt, darf im Betrieb selbst keine Werkvertrags-

arbeiter beraten. Aus meiner Sicht wird an dieser Stelle besonders deutlich, dass die Firma Tönnies gar keine wirklichen Verbesserungen für die Arbeiter möchte.

Das zeigt: Tönnies ist hier im Ort so mächtig, dass es fast verrückt ist, was wir hier machen. Es ist wie ein Kampf gegen Windmühlen. Aber es gibt immer noch Menschen, die ganz normal funktionieren, die nicht mit Geld zu bezahlen sind. Die sagen: Wir machen da nicht mit! Wir wollen Fairness! Wir schauen hin und nicht weg!

**G.I.B.: Für Ihr Engagement sind Sie mehrfach ausgezeichnet worden, zuletzt im November 2015 mit dem Preis „Demokratie im Betrieb“. Welche Bedeutung hat die Unterstützung von außen für Sie?**

**Inge Bultschnieder:** Dass so viele Leute unser Engagement wertschätzen, ist sehr wichtig für uns. Manche Organisationen oder Institutionen wie etwa die Kirche haben sich leider teilweise zurückgezogen, obwohl es hier im Kloster einige Brüder gibt, die auf unserer Seite stehen. Andere wollen mit uns nichts zu tun haben.

Die Gewerkschaft NGG hingegen steht voll hinter uns. Am meisten aber unterstützen uns die Kolleginnen und Kollegen vom Projekt „Faire Mobilität“ in Dortmund.“ (Anmerkung: Das Projekt wird über den DGB organisiert und vom BMAS, dem Land NRW und aus dem ESF gefördert.) Ohne ihr Know-how und die dort vorgehaltenen Sprachkenntnisse kämen wir gar nicht weiter. Mit ihnen haben wir auch die Workshops zum Thema Festanstellung bei der Firma Tönnies durchgeführt. Wenn es um vertragsrechtliche Fragen geht, nutzen wir deren Kompetenz. Darüber hinaus haben wir auch Kontakt aufgenommen zu der Organisation „Bleiberecht Steinfurt“, die sich auch für die Werkvertragsbeschäftigten in der Geflügelindustrie im Kreis Steinfurt einsetzen. Vernetzung ist immer sehr hilfreich.

**G.I.B.: Wie soll es weitergehen, was sind Ihre Pläne?**

**Inge Bultschnieder:** Wir planen gerade eine Wanderausstellung, in der wir Fotos von Wohnungen der Werkvertragsarbeiter präsentieren sowie von Menschen, die sich in Unternehmen der Fleischindustrie verletzt haben. Ich habe Kontakt zu Rumänen und Bul-

garen, die schwere Unfälle erlitten haben. Ich denke, die Fotos zeigen deutlich, unter welchen Bedingungen viele Werkvertragsarbeiter arbeiten und leben.

Unser wichtigstes Vorhaben aber ist sicher, dass wir mit dem Projekt „Faire Mobilität“ ein gemeinschaftliches Büro eröffnen wollen, mit regelmäßigen Sprechstunden, damit wir präsenter sind in der Stadt. Ein Vertrauensverhältnis kann nur durch persönliche Anwesenheit geschaffen werden. Persönlich lassen sich viele Dinge auch einfach schneller klären.

Zum Glück wurde das gewerkschaftliche Projekt „Faire Mobilität“ auf Betreiben des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel verlängert. Wir haben Anfang des Jahres 2015 Sigmar Gabriel persönlich empfangen dürfen. Er war sehr interessiert und fragte detailgenau nach, was wir von Werkvertragsarbeitern aus dem Unternehmen Tönnies erfahren haben und welche Änderungsvorschläge wir selbst haben. Als ich dann später in der Presse gelesen habe, dass er beim anschließenden Besuch der Firma Tönnies quasi einen Vorzeigebetrieb bestätigt hat, war ich doch ziemlich verunsichert. Als Nichtpolitiker kann man ja kaum nachvollziehen, was die da so besprechen und entscheiden.

Was wir wirklich benötigen, ist eine gesetzliche Beschränkung der Zahl der Werkvertragsbeschäftigten auf maximal 10 Prozent der Belegschaft. Zu diesem Thema streben wir eine Podiumsdiskussion vor Ort an.

#### DAS INTERVIEW FÜHRTEN

**Manfred Keuler**

Tel.: 02041 767-152

m.keuler@gib.nrw.de

**Arnold Kratz**

Tel.: 02041 767-209

a.kratz@gib.nrw.de

#### KONTAKT

**Inge Bultschnieder**

IG WerkFAIRträge, Rheda-Wiedenbrück

igwerkfairtraege@t-online.de